

Gemeinden reichen Behördeninitiative zum Flughafen Zürich ein

Die Behördeninitiative für eine Beschränkung der jährlichen Anzahl Flugbewegungen auf 320'000 und eine Nachtruhe von 8 Stunden wurde heute an den Kantonsrat übergeben.

Stadt- und Gemeinderäte von Bülach, Dällikon, Nürensdorf, Opfikon und Winterthur haben heute die von ihnen lancierte Behördeninitiative zum Flughafen Zürich der Geschäftsleitung des Zürcher Kantonsrates übergeben. Diese Initiative fordert eine Begrenzung der jährlichen Flugbewegungen am Flughafen Zürich auf 320'000 und eine Nachtruhe von 8 Stunden. Insgesamt 69 Zürcher Städte und Gemeinden mit total 455'794 Einwohnern (36 % der Kantonsbevölkerung) unterstützen diese Initiative.

Die Behördeninitiative unterstützt das dringliche Postulat mit der Forderung einer Begrenzung auf 320'000 Bewegungen, das am 23. September 2002 vom Kantonsrat an den Regierungsrat überwiesen wurde. Auch der seinerzeitige Runde Tisch hat mit grosser Mehrheit die Begrenzung der Anzahl jährlichen Flugbewegungen auf jährlich 320'000 Bewegungen im Jahre 2000 dem Regierungsrat empfohlen.

Die Volksinitiative "Für eine realistische Flughafenpolitik" will die Zahl der Flugbewegungen am Flughafen Zürich auf 250'000 pro Jahr begrenzen und die Nachtsperrezeit auf mindestens neun Stunden verlängern. Diese Initiative ist an und für sich unterstützenswert. Die geforderten Beschränkungen gehen nach unserer Meinung aber zu weit, es würde damit die heutige Zahl von 267'000 Bewegungen unterschritten, was der Wirtschaft und dem Standort Zürich schaden würde.

Der Regierungsrat des Kantons Zürich empfiehlt die Volksinitiative zur Ablehnung. Als Gegenvorschlag will er den Stimmberechtigten eine Begrenzung der Anzahl der vom Fluglärm stark gestörten Personen (AsgP) im Flughafengesetz vorschlagen. Nach dem Stand der Informationen kann die Absicht der Regierung zur Formulierung eines Gegenvorschlages zur Volksinitiative noch nicht abschliessend beurteilt werden, stellen sich doch ein ganze Reihe von methodischen Fragen. Der Gegenvorschlag ist den Initianten jedoch zu vage.

Die Behördeninitiative erlaubt dem Flughafen weiterhin Entwicklungsmöglichkeiten, die negativen Begleiterscheinungen des Flugverkehrs (Lärm, Luftverschmutzung, CO₂-Ausstoss) werden jedoch in Grenzen gehalten. Mit ihren klaren Rahmenbedingungen schafft die Initiative Vertrauen bei allen Beteiligten und sie berücksichtigt sowohl Anliegen der Bevölkerung wie der Wirtschaft. Die einfachen aber wesentlichen Eckwerte bieten die Chance im Fluglärmstreit um den Flughafen Zürich zu einer tragfähigen Lösung zu gelangen. Die Behördeninitiative geniesst daher breite Unterstützung von Gemeinden aus allen Himmelsrichtungen rund um den Flughafen Zürich.

(Anzahl Zeichen inkl. Leerzeichen: 2728)

Für Rückfragen:

Franz Brunner, Gemeindepräsident Nürensdorf, 044 836 7700 oder 079 413 2036